

Bericht zur Konferenz „Muslime und Islam in Europa - die Integration einer religiösen Minderheit“ der Bundeszentrale für politische Bildung vom 10. bis 13. Juli 2002 in Brühl

Eigentlich hatte die Bundeszentrale für politische Bildung eine Konferenz über Zuwanderung in Europa geplant. Weil sich das öffentliche Interesse nach den Anschlägen vom 11.9.2001 stärker auf die Frage der Integration und das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland und seinen europäischen Nachbarn konzentriert, wurde das Thema geändert. Ich habe mich bisher überwiegend mit Asyl und Zuwanderung beschäftigt, so dass die Fokussierung auf die Integration von Muslimen neu für mich ist.

Am Anfang habe ich mich gefragt, wieso es im Titel der Konferenz „Integration *einer* religiösen Minderheit“ heißt. Es gibt doch Muslime aus der Türkei, Marokko, Bosnien, dem Iran, Irak, Afghanistan, Somalia, Nigeria und vielen anderen Ländern. Wie kann man diese Vielfalt der Herkunftsländer in einen Topf werfen? Und wer ist schließlich auf dieser Konferenz vertreten?

Nach den ersten Gesprächen mit den Konferenzteilnehmern wurde klar, dass die Realität noch komplexer ist. Der Islam in Deutschland ist vollkommen anders organisiert als die christlichen Kirchen. Der Ausgangspunkt für die Praktizierung des Islam sind die Gemeinden mit ihrer Moschee, die meist einen Verein bilden. Diese Vereine gehören zum Teil einer bestimmten Richtung an, die in Dachverbänden organisiert sind. In Deutschland gibt es vier große Dachverbände: die türkei-staatliche DITIB, der von der islamischen Gemeinschaft Milli Görüs dominierten „Islamrat der Bundesrepublik Deutschland“, der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) und der „Verband der islamischen Kulturzentren“ (VIKZ), der vormals zum Zentralrat gehörte. Jedem dieser Verbände gehören mehrere hundert Mitgliedsvereine an. Insgesamt sind aber nur schätzungsweise 10-15% der drei Millionen Muslime in Deutschland in den vier Dachverbänden vertreten.

Auf der Konferenz waren vor allem zwei Gruppen dominierend: zum einen eine Reihe von Islamwissenschaftlern, zum anderen Vertreter des ZMD und deren Mitglieder. Unter den rund 140 Teilnehmern der Konferenz fanden sich weitere Gruppierungen und Berufssparten, die jedoch weniger in Erscheinung getreten sind.

Am ersten Tag wurde die „Islamische Charta“ des Zentralrats der Muslime diskutiert. Der ZMD hat im Februar 2002 eine Grundsatzerklärung zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft in Deutschland veröffentlicht, um einen Beitrag zur Versachlichung der gesellschaftlich-politischen Debatte zu leisten. Die Charta betont die Grundsätze des Islam (z. B. „Der Islam ist eine Religion des Friedens“), bekennt sich klar zum deutschen Staat und dem Grundgesetz, und spricht sich für die Integration unter Bewahrung der islamischen Identität aus.

In der Diskussion über die Charta wurde besonders das Bekenntnis zum Grundgesetz begrüßt, das nicht selbstverständlich ist. Oft gehört die Einheit von Religion und Staat bzw. Gesetz zu den Grundprinzipien des Islam, die eine grundlegende (theologisch-theoretische) Vereinbarung mit westlichem Recht schwierig macht. Einigkeit bestand jedoch darüber, dass die Charta die überwiegende praktische Realität in Deutschland wiedergibt. Da der Zentralrat eine breites Spektrum vom Muslimen verschiedenster Richtungen und Herkunftsländer vertritt, kann die Charta als ein Minimalkonsens vieler Muslime angesehen werden. Dadurch ist die Charta allerdings in einigen Punkten unklar geblieben. So wird die unter Muslimen strittige Frage des Wahlrechts für Frauen hervorgehoben, die allgemeine Gleichberechtigung von Mann und Frau jedoch nur indirekt über das Grundgesetzes und die Menschenrechte anerkannt.

Eine große Bereicherung waren die Vertreter aus Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien, die die europäische Perspektive der Konferenz erschlossen. In allen Ländern

entwickelt sich ein Dialog zwischen Muslimen und staatliche Institutionen, der jedoch unterschiedlich ausgeprägt ist. In Frankreich gibt es seit einigen Jahren eine Diskussion unter Muslimen darüber, inwieweit es erforderlich ist, loyal gegenüber der islamischen Gemeinschaft oder der europäischen Gesellschaft zu sein. Auf der politischen Ebene sind vor drei Jahren vom Innenminister so genannte Konsultationen ins Leben gerufen worden, in denen Fragen der schwierigen sozialen Integration (z. B. Arbeit, Schule, politische Partizipation), das negative Bild des Islam und die Ängste in der Gesellschaft erörtert werden. In den Niederlanden ist die Auseinandersetzung mit dem Islam zurzeit äußerst emotional. Durch den Erfolg der rechtspopulistischen Partei „Lisjt Pim Fortuyn“ wechselt die Politik vom „laissez faire“ zu „zero tolerance“. Eine Versachlichung des Dialogs, wie sie in Deutschland durch die Islamische Charta möglich ist, wäre dringend nötig. Religiöse Positionen werden in den Niederlanden jedoch nicht öffentlich diskutiert. Äußerungen z. B. von Bischöfen zu gesellschaftliche Themen gibt es nicht. Die Idee, den Islam öffentlich zu erklären, klingt in niederländischen Ohren etwas seltsam.

Eine Sonderrolle innerhalb Europas nimmt die britische Diskussion ein. Fragen über das Tragen von Kopftüchern in der Öffentlichkeit sind schon in den 60er und 70er Jahren diskutiert worden. Vielfalt gehört seit Jahren zu den Leitbildern in der britischen Gesellschaft, so dass auf der lokalen Ebene lebendige ethnische Gemeinschaften entstanden sind (auch mit dem Problem der Ghetto-Bildung). In Großbritannien wird zurzeit besonders die politische Partizipation von Minderheiten diskutiert. Wie können sie besser in die politischen Institutionen integriert werden? Durch die Labour-Regierung sind immerhin erstmals auch muslimische Abgeordnete im Parlament vertreten.

Am zweiten Tag der Konferenz haben sich verschiedene Initiativen und Projekte zur Integration von Muslimen vorgestellt. Es wurde deutlich, dass es wichtig ist für die Zuwanderer, sich auf die deutschen Spielregeln einzulassen und dass die verantwortlichen Stellen in den deutschen Institutionen auch bereit sein müssen, sich für die Minderheiten einzusetzen.

Ein gutes Beispiel ist das Begegnungs- und Fortbildungszentrum für muslimische Frauen in Köln, das eine anerkannte Institution der Weiterbildung ist und als erste muslimische Organisation in einen deutschen Dachverband (Paritätischer Wohlfahrtsverband) aufgenommen worden ist. Dieser Erfolg ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass mit fundierten Kenntnissen der deutschen Rechtslage alle Mittel ausgeschöpft wurden, eine Anerkennung als „normale“ Institution zu erreichen.

In Lauingen (Bayern) wurde eine Moschee gebaut, die nur mit tatkräftiger Unterstützung des CSU-Bürgermeisters möglich war. Der Bürgermeister hat sich mit den Muslimen seiner Gemeinde an einen Tisch gesetzt und das Projekt auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen und in der Bevölkerung vorangetrieben.

In Köln-Chorweiler dagegen ist der Versuch, eine Moschee zu bauen, bisher gescheitert. Die Berührungspunkte zwischen den seit Jahren in Deutschland lebenden Zuwanderern und den deutschen Behörden und Nachbarn sind zu groß. Auf der Seite der Muslime in Köln-Chorweiler ist es schwierig, sich so zu organisieren, dass die Behörden einen sicheren Ansprechpartner haben, auf der anderen Seite fehlt der Behörde der Mut sich der Auseinandersetzung zu stellen und verschleppt das Verfahren unter fadenscheinigen Gründen. Mir ist auf der Konferenz klar geworden, dass in Deutschland ein öffentlicher Dialog mit den Zuwanderern unbedingt notwendig ist. Durch die rot-grüne Regierung ist erstmals sozusagen an höchster Stelle anerkannt worden, dass ein großer Teil der Zuwanderer dauerhaft in Deutschland bleiben wird. Dadurch wurde die Grundlage für eine Diskussion geschaffen, wie das Zusammenleben organisiert werden soll. Hierzu müssen sich einerseits die Migranten artikulieren, wie z. B. in der Islamischen Charta, aber andererseits auch die Öffentlichkeit

und die politischen Institutionen bereit sein, sich auf den nicht einfachen und sicherlich kontroversen Dialog einzulassen.